



Podiumsdiskussion an der Universität Regensburg über TTIP: Jürgen Jerger, Michael Gotschlich, Stefan Albat, Roman Huber, Ernst Christoph Stolper, Harald Klimenta (v. l.)

Foto: altrofoto.de

Vier Buchstaben elektrisieren die Öffentlichkeit

DISKUSSION Das Kürzel TTIP verunsichert viele Bürger. In Regensburg diskutierten jetzt Experten, welche Folgen das Freihandelsabkommen tatsächlich hat.

VON STEFAN STARK, MZ

REGENSBURG. Kann der Nürnberger Lebkuchen „entwürdigt“ werden? Reißt sich internationale Konzerne die öffentliche Trinkwasserversorgung unter den Nagel? Verdonnern künftig Geheimjurys in den USA den deutschen Staat zu Entschädigungszahlungen an Unternehmen, die die Bundesrepublik verklagt haben? Solche Fragen werden bei vielen öffentlichen Veranstaltungen und noch mehr in Sozialen Netzwerken diskutiert. TTIP – diese vier Buchstaben elektrisieren Hunderttausende Bürger, die in einer Online-Petition den Stopp des geplanten Freihandelsabkommens mit den USA fordern. Die Fragen zeigen, wie sehr die Diskussion über TTIP emotional aufgeladen ist – und wie groß die Verunsicherung vieler Bürger ist.

Auf einer Podiumsdiskussion an der Universität Regensburg loteten nun Experten aus, ob die Chancen oder tatsächlich die Risiken eines schrankenlosen transatlantischen Handels überwiegen. Rund 250 Besucher kamen zu der Veranstaltung der Organisation „Junges Europa“.

Kritik an mangelnder Transparenz

Moderator Dominik Temenendahl von der Europäischen Akademie Bayern beschrieb die Stimmung so: „Die Kritiker sagen, TTIP ist böse.“ Auf dem Podium herrschte in einem Punkt überwiegend Einigkeit: Die Hauptsache für die Aufgeregtheit sei die mangelnde Transparenz der TTIP-Verhandlungen. Dadurch sei in der Öffentlichkeit der Eindruck entstanden, die EU würde mit den USA einen Geheimvertrag ausmatscheln, der den Bürgern hierzulande schade.

Roman Huber von der Organisation „Mehr Demokratie“ sagte: „Lieber eine emotionale Diskussion als gar keine.“ Dieses Vertragswerk sei so wichtig, weil es alle betreffe. „Erst das Chlorhühnen brachte die Diskussion überhaupt in Gang“, erklärte er.

Das gechlorte Huhn ist zu einem Symbol für die Anti-TTIP-Bewegung geworden. In den USA werden geschlachtete Hühner mit Chlor gegen Keime behandelt. Die TTIP-Kritiker befürchten, dass mit dem Freihandelsabkommen solche Tiere in den europäischen Handel gelangen und war-

nen vor Gesundheitsgefahren. Studien haben allerdings ergeben, dass von dem Chlor keine Risiken ausgehen.

Der Grünen-Politiker Ernst Christoph Stolper sagte: „Wir brauchen TTIP nicht. Die 1,3 Millionen Unterschriften dagegen haben die EU-Kommission überrascht. Sie hat nicht gesehen, dass es um tiefgreifende Fragen der Demokratie geht“, erklärte Stolper.

Unternehmen verklagen Staaten

Jürgen Jerger, Wirtschaftsprofessor an der Universität Regensburg, erklärte: „Mich überrascht das öffentliche Interesse an TTIP nicht.“ Vor allem wegen der Prozesse, die Unternehmen gegen Staaten führen. Die Zahl solcher Schiedsverfahren sei seit Anfang der 2000er-Jahre deutlich angestiegen. Daher gebe es mehr Aufmerksamkeit.

Huber nannte ein krasses Beispiel: 2013 habe ein kuwaitisches Unternehmen den libyschen Staat in einem Investitionsschutzprozess auf fünf Milli-

onen Dollar Schadensersatz verklagt. Das Schiedsgericht habe der Firma dann insgesamt über 900 Millionen Dollar zugesprochen.

Michael Gotschlich vom bayerischen Wirtschaftsministerium erklärte: „Deutschland hat 129 solcher Investitionsschutzabkommen überwiegend mit Industriestaaten abgeschlossen.“ Dies sei per se nicht verfassungswidrig, sondern diene dazu, auch deutsche Unternehmen etwa gegen staatliche Enteignungen abzusichern. Stefan Albat von der Vereinigung der bayerischen Wirtschaft ergänzte: „Bislang haben in Deutschland nur zwei solche Verfahren stattgefunden.“

Die eigentliche Frage sei – darin war sich die Runde einig – ob man ausgerechnet mit den USA und Kanada ein solches Abkommen brauche. Beide Länder würden mit ihren Gesetzen auch ausländische Investoren schützen. Professor Jerger: „Beim transatlantischen Handel haben Schiedsgerichte

nichts verloren.“ – Zumindest aus dem Blickwinkel der EU. Doch die USA seien nicht unbedingt davon überzeugt, dass sie in allen 28 EU-Staaten perfekte rechtsstaatliche Verhältnisse vorfinden. Gleichzeitig sprach sich Jerger für öffentliche Schiedsgerichtsverfahren aus. Kritik, dass die Verfahren geheim sind und keine Revision möglich ist, sei absolut berechtigt.

Potenzial für den Mittelstand

Professor Jerger verwies auf die Chancen, die TTIP eröffne. „Ohne Außenhandel hätten wir in Deutschland nur 50 Prozent der jetzigen Wirtschaftsleistung.“ Der Export sei also eine Basis für unseren Wohlstand. Und je mehr der Außenhandel floriere, desto mehr staatliche Mittel würden auch in den Sozialbereich fließen. Vor allem für den Mittelstand gebe es großes Potenzial. Ministeriumsvertreter Gotschlich erklärte: „Wegen anderer Industrienormen muss ein deutscher

Maschinenbauer ein Produkt mit Technik komplett neu ausstatten, ehe er es in die USA ausliefert. Er braucht zwei Produktionslinien für die beiden verschiedenen Standards.“ Ein Großunternehmen sei hier deutlich im Vorteil gegenüber einem Mittelständler. „Bei TTIP geht es genau darum, diese Industrienormen anzugleichen – nicht um die Absenkung von Standards“, verteidigte Gotschlich das Freihandelsabkommen.

Was ist die Basis für den Wohlstand?

Harald Klimenta von Attac Deutschland ließ hingegen kein gutes Haar an TTIP. Das Abkommen führe zu einer weiteren Entdemokratisierung. „In einer Salamiaktik werden immer mehr öffentliche Dienstleistungen privatisiert – alles muss rentabel werden.“ Durch TTIP verfestige sich dieser bedenkliche Trend. Nicht der Stopp des Abkommens gefährde die Basis unseres Wohlstands, sondern die fortschreitende Umweltzerstörung. „Wenn TTIP kommt, wird Europa auch künftig Geschäfte mit China machen. Wenn es nicht kommt, werden wir weiter Handel mit den USA betreiben“, sagte Klimenta.

Der Wirtschaftsvertreter Albat entgegnete: „Wir stehen im Wettbewerb mit China. Wenn wir uns dieser Frage nicht stellen, werden wir unseren Wohlstand nicht halten können.“ Und TTIP gebe eine klare Antwort darauf, welchem der neuen großen Wirtschaftsmärkte wir uns anschließen – und nach welchen Regeln wir diesen gestalten. Für Gotschlich, den Mann aus dem Wirtschaftsministerium, bedeutet das Freihandelsabkommen einen Scheideweg für die EU: Die Frage laute, gehen wir eine partnerschaftliche Kooperation mit Amerika ein, oder entscheiden wir uns für die regionale Bedeutungslosigkeit?

Der Grüne Stolper verteidigte die Amerikaner sogar: „In den USA ist beileibe nicht alles schlecht“, sagte er. „In der Finanzkrise haben die Amerikaner bessere Schlussfolgerungen gezogen als die Europäer.“ Bei TTIP gehe es nicht um die Frage, ob die EU über den Tisch gezogen werde, sondern wie wir unsere Standards erhalten.

Eines hat die öffentliche Debatte über das Freihandelsabkommen bereits bewirkt: Die EU-Kommission bemüht sich um ein Ende der Geheimniskrämerie. Kürzlich stellte sie TTIP-Verhandlungstexte ins Internet – allerdings nur auf Englisch. Und wie hat die Podiumsdiskussion in Regensburg die Zuhörer beeinflusst? Eine Abstimmung im Publikum ergab eine überwältigende Mehrheit gegen TTIP. Nur drei Leute ähnderten ihre Meinung.

KOMMENTAR

Die Bürger mitnehmen

Die Liste von Schreckensszenarien, die über TTIP und CETA kursieren, wird immer länger. Die Gerüchteküche über die geplanten Freihandelsabkommen brodelt, weil sich die Leute, aber auch Teile der Wirtschaft, von der Politik schlecht informiert fühlen. Undemokratisch, intransparent, an den Bürgern und den Parlamenten vorbei, nur für Großunternehmen gemacht, lauten die Kritikpunkte. Diese massive Schelte für EU-Kommission und Bundesregierung ist absolut berechtigt. Denn selten zuvor wurde die Öffentlichkeit so schlecht über derart weitreichende Verträge aufgeklärt wie die geplanten Wirtschaftsabkommen mit den USA und Kanada.

Man gewinnt den Eindruck, dass man den EU-Unterhändlern alles aus der Nase ziehen muss – mit einem fatalen Nebeneffekt: dem Verdacht, dass Europäische Kommission und Bundesregierung die Bürger gar nicht in die Pläne einweihen wollen. Das erinnert an die Methode windiger Geschäftemacher, die den Leuten eine Unterschrift abpressen und erst hinterher aufs Kleingedruckte hinweisen. Die Menschen können sich aber nur ein



VON STEFAN STARK, MZ

Bild über Risiken – aber auch über die Chancen – von TTIP und CETA machen wenn man sie umfassend über den Stand der Verhandlungen informiert. Hier steht die Politik in der Bringschuld – und nicht der Verbraucher in der Holschuld.

Die Verhandlungen über die beiden Freihandelsabkommen sind bislang Musterbeispiele dafür, wie die Mächtigen Misstrauen gegen sie schüren und damit letztlich einen allgemeinen Politikverdross. Dabei böten gerade TTIP und CETA die Chance, dass sich wieder mehr Leute für Politik interessieren. Das belegen die zahlreichen Initiativen, die sich mit den umstrittenen Verträgen öffentlich auseinandersetzen. Die Regierenden sollten die Rufe der vielen besorgten Bürger endlich erhören. Sie müssen die Ängste der Menschen ernstnehmen und sie an der Diskussion beteiligen – statt sie auszugenzen. Dann nämlich würde in der Öffentlichkeit nicht nur über die Schreckgespenste eines transatlantischen Freihandels diskutiert, sondern auch über die möglichen guten Seiten: den Wegfall von Zöllen, mehr Wirtschaftswachstum und neue Jobs. Noch hat man in Brüssel wie in Berlin die Möglichkeit, es besser zu machen.

WAS SIND TTIP UND CETA?

► **Seit Juli 2013 verhandelt** die EU mit den USA über die „Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft“ (TTIP). Mit 800 Millionen Verbrauchern würde der weltgrößte Wirtschaftsraum entstehen.

► **Durch den Wegfall von Zöllen** und anderen Handelshemmnissen soll es auf beiden Seiten des Atlantiks mehr Wachstum und neue Jobs geben. Täglich werden zwischen Europa und den USA Waren und Dienstleistungen im Wert von zwei Milliarden Euro gehandelt.

► **Verbraucherschützer kritisieren** die Geheimverhandlungen von Brüssel und Washington, ebenso geplante Schutzklauseln für Konzerne. Die Kritiker befürchten ferner die Aushöhlung europäischer Verbraucherschutzstandards.

► **CETA steht für** „Comprehensive Economic and Trade Agreement“. Das Abkommen zwischen der EU und Kanada gilt als Blaupause für TTIP und wurde Mitte 2014 nach fünf Jahren Verhandlungen abgeschlossen.

AKTUELL IM NETZ

Mehr zum Thema!



Eine Bildergalerie zum Thema finden Sie bei uns im Internet:

► www.mittelbayerische.de/politik